Münsterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.
Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 4.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 12 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr 552. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 1 mm Raumhöhe 50 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 20 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanzanzeigen 25 Pfg. Reklamen 120 Pfg. Teuerungszuschlag 20 Proz. Anzeigenannahme bis 8 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei prozentweiser Betreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine"

Nr. 50. Rheine i. W., Mittwoch, den 2. März 1921. 45. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Am Montag ging es im Reichstag lebhaft her. Man lag in Fehde über die Selbstschutz-Organisation in Bayern. Denn anläßlich der Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes statt naturgemäß im Mittelpunkt der Debatte die Auseinandersetzung der Parteien über die bayerischen Einwohnerwehren. Den Reigen eröffnete der Unabhängige Goldmann. Die bayerischen Einwohnerwehren seien ein Herd der Gegenrevolution, die Regierung Kahr stehe im Dienste der Reaktion. Der Redner fordert, daß die Reichsregierung energisch gegen Bayern vorgehen solle. In einer kurzen Erklärung umreißt der Reichsminister Koch die Stellung der Reichsregierung. Sie habe die so schwere Aufgabe der Entwaffnung in die Hand genommen, sie werde dieselbe deshalb in der gestellten Frist durchzusetzen wissen, auch Bayern gegenüber. Am Vorabend der Londoner Konferenz halte es die Reichsregierung für unangebracht, in eine eingehende Erörterung dieser Frage einzutreten; vielmehr halte sie es für ihre Pflicht, die Einheitlichkeit des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten. Auch der mehrheitssozialistische Abg. Vogel findet scharfe Worte für das Verhalten der bayerischen Regierung; denn ihr Benehmen sei geeignet, der Regierung starken Widerstand und ungeheuere Schwierigkeiten zu bereiten. Der alleinige Herr in Bayern sei Escherich. Vor allem wies der Redner darauf hin, daß er die Ueberzeugung habe, den Widerstand bestimmter bayerischer Kreise beruhe auf einem Einverständnis mit der Entente. Diese Behauptung ruft im Hause begreifliche Entrüstung hervor. Unterschärfstem Widerspruch und außerordentlicher Erregung der bürgerlichen Abgeordneten bezeichnet der Redner die bayerischen Wachenschaften gewisser Kreise als den Versuch zur Widerherstellung der Monarchie in Bayern unter Anschluß Oestereichs. Redner verliert sich in viele Einzelheiten, in denen er versucht, die bayerischen Verhältnisse so, wie er sie sieht, zu kennzeichnen. Der deutschnationale Abg. von Graefe begnügte sich mit einer kurzen Erklärung, er bedauert namens seiner Freunde, daß diese Rede überhaupt möglich sei, während die deutsche Delegierten sich auf der Reise nach London befinden; seine Freunde würden später zu diesen Dingen Stellung nehmen. Der Kommunist Dr. Levi, der mit allgemeinem Gelächter empfangen wird, meint — und wie sollte es anders —, daß für die Verlängerung des Gesetzes kein Bedürfnis vorliege. Für die deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten erklärte der Abg. Brüninghaus, daß im gegenwärtigen Augenblick die Entschließung der Unabhängigen eine unnötige Störung der Londoner Verhandlungen bedeute. Die von ihm vertretenen Parteien stimmten der Vorlage zu. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses sprach nunmehr Dr. Heim von der Bayerischen Volkspartei. Seine außerordentliche eingehende Kenntnis der bayerischen Verhältnisse gestatten es ihm, eine große Anzahl der von den linksradikalen Rednern erhobenen Beschuldigungen gegen die Einwohnerwehren und die bayerische Regierung zu entkräftigen. Dr. Heim führt eine scharfe Sprache und reitet eine scharfe Attacke gegen die linksradikalen Parteien, die mit starken Zwischenrufen quittieren. Aber Heims Beredsamkeit bemeistert sie. Es sei nicht wahr, so führt er aus, daß die bayerische Regierung ein Gefangener der Orgesch sei. Und unter Bekundungen des Erstaunens von allen Seiten des Hauses teilt er mit, daß das Statut der bayerikhe Einwohnerwehren von einem sozialistischen Minister herstamme .Er bezeichnet die Gerüchte von „reaktionären Verschwörungen und bayerischen Mörderzentralen" als Schwindelgeschichten; auch das Ludendorff Verbindung mit Escherich habe, sei unwahr, aber das sei wahr, daß es Leute gäbe, die ein Geschäft daraus machten, Nachrichten von links nach rechts und gleichzeitig von rechts nach links weiter zu verbreiten. Irgendeine Bedeutung militärischer Art komme, den Einwohnerwehren nicht zu, sie seien allein eine Polizeitruppe. Der Redner schließt mit dem Hinweis darauf, daß es auch in seinem und seiner Freunde Wunsche liege, wenn die Einwohnerwehren nicht mehr eine notwendige Einrichtung darstellen. Nachdem noch mehrere Vertreter der sozialistischen Parteien zu Worte gekommen sind, wird der Gesetzentwurf angenommen. Ein auf gemeinsamen Antrag aller Parteien eingebrachter Gesetzentwurf über Aenderung der Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypothekengrundschulden und Rentenschulden von 1916 wird ohne Debatte in allen 3 Lesungen angenommen.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, den 28. Februar 1921.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat heute in die Einzelberatung des Reichsmietengesetzes ein. Nach § 1, Absatz 1, kann der Vermieter eines Gebäudes oder Gebäudeteiles jederzeit dem anderen Vertragsteil gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietszinses nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnet werden soll (gesetzliche Mieten). Während die Regierungsvorlage den ersten Termin für entscheidend erklärt, für den die Kündigung nach dem Vertrage oder nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches zulässig sein würde, schlägt die Ausschußfassung des Reichswirtschaftsrates lediglich den ersten Termin vor, zu dem die Kündigung nach § 365 BGB. gegeben sein würde. Das Einigungsamt kann nach beiden Entwürfen bei Vorliegen einer schweren Unbilligkeit Ausnahmen gestatten.

Dr. Crüger (Deutscher Genossenschaftsverband): Die Tendenz des Gesetzes geht dahin, die Häuser in staatliche oder kommunale Verwaltung zu bringen. Ich warne vor diesem ersten Schritt.

Wiedeberg (Deutschnationaler Verband christl. Bauarbeiter): Wir stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu. Die Gemeinden müssen Einfluß auf die Gestaltung der Bodenpolitik haben.

Aufhäuser: § 1 sieht keine Grenzen nach oben vor, auch keine einheitliche Regelung für das Reich. Ich schlage noch eine zweite Lesung vor, vor welcher die Regierung erklären muß, was aus der Mieterschutzverordnung werden soll.

Schwarz (Angestelltenvertreter der Banken): Wir können dem Gesetz nur zustimmen, wenn der Absatz 3 gestrichen wird, wonach auf Verlangen der Gemeindebehörden das Einigungsamt Mietzinsvereinbarungen nachzuprüfen hat und wenn zu Abs. 4 der Zusatz aufgenommen wird, bewährte Einrichtungen bis zu 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes bestehen zu lassen.

Ministerialrat Crüger: Die Regierung hält an Absatz 3 fest. Der Zusatz zu Absatz 4 ist nicht nötig. Die Mieterschutzverordnung wird keinesfalls abgebaut.

Damit schließt die Aussprache.

Es wird beschlossen, am Dienstag eine zweite Lesung vorzunehmen. § 1 wird angenommen, zugleich mit dem Zusatzantrag auf Einfügung einer Bestimmung zu Absatz 4, welcher der obersten Landesbehörde das Recht gibt, bewährte Einrichtungen bis zu 6 Monaten bestehen zu lassen. Eine Reihe von Abänderungsanträgen wird abgelehnt und § 2 in Ausschußfassung angenommen. Angenommen wird auch § 3, der vorsieht, daß zur Friedensmiete Zuschläge für Steigerung der Betriebskosten und Kosten für Instandsetzungsarbeiten treten. Die §§ 4 und 5, die bestimmen, was als Betriebskosten und was als große Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, werden ohne Aussprache angenommen. § 6 bestimmt über die Verwendung der Instandsetzungszuschläge, über die Nachweis zu führen ist gegenüber einer von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Stelle. Der § wird mit einem Antrage Dr. Berthold angenommen, daß bei der Bestimmung der Stelle die Gemeinde anzuhören ist.

Das Reichsmietengesetz wurde in seinen einzelnen Paragraphen vom Reichswirtschaftsrat angenommen. Das Gesetz soll 4 Monate nach dem Tage der Verkündigung inkraft treten.

Dienstag Vormittag 11 Uhr zweite Lesung des Reichsmietengesetzes, Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs der Kleinbahnen.

Schluß 6,20 Uhr.

Aussprüche prominenter Persönlichkeiten über Oberschlesien.

„Ich habe die feste Zuversicht, daß unsere oberschlesischen Volksgenossen, die in den schweren Tagen der Besatzung die Treue zum alten Vaterlande bewahrt haben, sie auch am Tage der Abstimmung bewahren werden."

Fehrenbach.

Politische Umschau.

:§: **Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft** wird uns geschrieben: Der preußische Landwirtschaftsminister beklagt sich in einer Erklärung seines Pressedienstes darüber, daß in den Mitteilungen über die Münchener Konferenz der Ernährungsminister die Erörterung der Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers verschwiegen worden seien. Demgegenüber stellen wir folgendes fest: Die Verhandlungen auf den Konferenzen der Ernährungsminister sind vertraulich. Es wird in der Regel nur über das Gesamtergebnis der Beratungen über die einzelnen Punkte der Tagesordnung in kurzer, zusammenfassender Darstellung der Presse Mitteilung gemacht. In dieser Mitteilung werden entsprechend dem vertraulichen Charakter der Konferenz die Einzelheiten der Beratung und zwar sowohl die Vorschläge und Anregungen der einzelnen Länder und Konferenzteilnehmer und ebenso die Stellungnahme anderer Länder und Konferenzteilnehmer zu diesen Vorschlägen im einzelnen nicht dargelegt. Zu der bevorstehenden Neuordnung der Getreideversorgung sind von den verschiedenen Seiten Vorschläge und Anregungen gemacht worden, die in den Mitteilungen über die Konferenz der Ernährungsminister nicht erwähnt worden sind. Da aber das preußische Landwirtschaftsministerium, soweit die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers in Betracht kommen, Mitteilung wünscht und sie zum Teil auch selbst macht, so liegt keine Veranlassung vor, nähere Mitteilungen zurückzuhalten. Die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers wurde den meisten Teilnehmern erst auf der Konferenz selbst bekannt, da sie erst unmittelbar vorher versandt waren. Der Vorschlag, ein Umlageverfahren einzuführen, deckt sich mit dem Beschluß, den bereits die Konferenz der Ernährungsminister in Dresden im Januar nach einem Antrage Oldenburgs gefaßt hat und ferner mit Anträgen der Reichsgetreidestelle. Insoweit bestand also eine Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Konferenz. Dagegen fanden die Einzelheiten des preußischen Vorschlages, namentlich die Forderung nach Festsetzung eines Mindestpreises bis zum 1. April für das Umlagegetreide, ferner die Erhöhung des Preises für den nach Erfüllung der Umlage noch weiter zur Ablieferung kommenden Rest an Getreide auf das Doppelte des Preises für das Umlagegetreide, sowie endlich die Anregung, daß der Preis für das Restgetreide ausschließlich in Form von Düngemitteln gezahlt werden soll, auf keiner Seite Zustimmung trotz der nachdrücklichen Vertretung, die die Vorschläge durch den auf der Anwesenden Beauftragten des preußischen Landwirtschaftsministers gefunden haben. Es hat sich also außer Preußen kein Vertreter der Konferenz für die preußischen Vorschläge ausgesprochen.

:=: **Die Einwanderung nach Amerika gesperrt.** Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus das vom Senat bereits genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April ab für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 3 Proz. der Ausländer gleicher Nationalität festgesetzt, die zur Zeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten. Da im Jahre 1910 ungefähr 700 000 Personen in Amerika einwanderten, werden in den nächsten 15 Monaten insgesamt nur zirka 21 000 Einwanderer zugelassen werden. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten wird zurückzuführen sein auf die Furcht vor einer allzu riesigen deutschen Auswanderung, die mit Rücksicht auf den Geschäftsstillstand und die große bestehende Arbeitslosigkeit im Amerika katastrophale Wirkungen auslösen müßte.

:=: **Bei der Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums im Hauptausschuß** betonte Abg. Klöckner (Z.) daß der Zeitpunkt der Tariferhöhung ungünstig sei. Da die Wirtschaftskurve und die Preise auf dem Weltmarkt scharf nach unWenn seine Fraktion trotzdem den geforderten Maßnahmen zustimme, so tue sie dies, weil das Defizit unter allen Umständen beseitigt werden müsse. Für besonders ungünstig gelegene Gebiete müßten jedoch Erleichterungen vorgesehen werden. Reichsverkehrsminister Gröner schilderte sodann die mannigfachen Schwierigkeiten bei dem Wiederaufbau der Eisenbahnverwaltung. Als erste Aufgabe betrachte er die Höchstleistung des technischen Apparates. Er denke dabei nicht an umfassende Organisationsänderungen, denn diese würden lediglich eine Erhöhung der Generalunkosten herbeiführen. Unerschütterlich werde er an dem Gedanken der Verkehrseinheit und des Eisenbahnbetriebes festhalten. Die bevorstehenden Tariferhöhungen seien unbedingt nötig. Es sei unmöglich, die Betriebskosten eines Verkehrsunternehmens etwa durch Steuern aufzubringen. Die Beseitigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben, daß 10 Milliarden durch Tariferhöhungen und 5 Milliarden durch Ersparnisse eingebracht würden. Die Verminderung des Personals sei im Gange und werde auch weiterhin unaufhaltsam betrieben werden müssen. Dabei werde jedoch an plötzliche Massenentlassungen nicht gedacht. Im Personenzugverkehr würden heute 53 bis 55 Prozent, im Güterzugverkehr schon 63 Prozent gegenüber dem Jahre 1913 geleistet. Besonders bedacht sei er auch auf die Ausgestaltung des Fahrplanes. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu bessern suchen, aber auch die internationale Verkehr müsse ausgebaut werden. Die deutschen Eisenbahnen müßten wider ihre frühere Rolle im internationalen Verkehr einnehmen.

:=: **Nachforderungen für den Etat 1920.** Nach einem vom Reichsfinanzminister dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 sollen die der Regierung bisher erteilten Ermächtigungen auf den Monat März 1921 ausgedehnt werden. Die für die Angehörigen der Wehrmacht für die in Natur gewährte Verpflegung einzubehaltenden Beträge werden mit Wirkung vom 1. Januar 1921 auf 8 Mark pro Tag festgesetzt. Ferner ersucht der Minister der Reichsfinanzen um die Ermächtigung, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 2500 Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen. Für die Ausführung des Friedensvertrages und seiner Vorverträge sind weitere 6000 Millionen Mark angefordert.

:=: **Erzbergers Steueraugelegenheit.** Bekanntlich hat der Abg. Erzberger gegen das preußische Finanzministerium den Vorwurf erhoben, daß es, nachdem es seine Sache nahezu zwei Monate lang habe unerledigt liegen lassen, die Steueraktien trotz der Stellungnahme der Vorinstanzen aus politischen Gründen an die Staatsanwaltschaft abgegeben habe. Dazu bemerkt der „Vorw.": „Diese Behauptung Erzbergers wird hoffentlich den preußischen Finanzminister, Genossen Lüdemann, veranlassen, mitzuteilen, ob mit seiner Zustimmung „aus politischen Gründen" die bekannte Verschleppung und die Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt ist, wird er hoffentlich nachprüfen, welcher seiner Beamten für die Verschleppung verantwortlich ist." Dieser Forderung der „Vorw." wird man voll und ganz zustimmen müssen.

:=: **Unter Mitwirkung des Ministers Stegerwald** gründeten die christlichen Gewerkschaften mit einem Aktienkapital von zunächst 10 Millionen Mark einen „Bankverein für die deutsche Arbeit".

Süddeutsche Ministerkonferenz.

Stuttgart, 1. März. Amtlich wird mitgeteilt: Gestern traten die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über schwebende politische Fragen zu beraten.

Noske für Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. März. Im „Tägl. Rundblatt" empfiehlt Oberpräsident Noske der neuen preußischen Regierung Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, um eine Gleichartigkeit der preußischen Regierung mit der Reichsregierung zu ermöglichen. Noske schreibt u. a.: „Daß die sozialdemokratische Partei von der Deutschen Volkspartei'ern im Wahlkampf hart verunglimpft wurde, wird keinen verständigen Politiker zu einer Versöhnungstaktik veranlassen. Man will sich ja nicht zu einer Liebesheirat zusammentun sondern aus nüchterner, kühler Erwägung ein Stück Weges zusammengehen, da angenehmere Marschgenossen zurzeit nicht zu haben sind."

Der „Vorwärts" schreibt: „Soweit wir sehen können, steht Noske mit seiner Auffassung in der sozialdemokratischen Partei so gut wie allein. Nur ein einziges Parteiblatt hat sich bisher in ähnlichem Sinne ausgesprochen, und es ist vielleicht kein Zufall, daß der leitende Redakteur dieses Parteiblattes mit Noske früher in sehr enger amtlicher Verbindung stand. Die ganze übrige Partei hält die Erörterungen über die Regierungsbildung in Preußen solange für verfrüht und verfehlt als nicht die Landtagsfraktionen zusammengetreten sind und eine ernsthafte Verständigung unter den bisherigen Koalitionsparteien möglich geworden ist. Niemand aber hat Sehnsucht danach, mit der Zentrumspartei gemeinsam in Preußen oder im Reiche zu „regieren". Wir können den Dingen ruhig ins Auge schauen und es den betreffenden Koalitionsparteien in Preußen überlassen, ob sie die Verantwortung für einen Austritt der Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung und damit ihren Eintritt in die schärfste Opposition riskieren wollen. Zu irgendwelchen Anbiederungsversuchen liegt von unserer Seite nicht der geringste Grund vor." — Der „Vorw." erteilt dann Noske und Scheidemann, der gleichfalls sich in einem bürgerlichen Blatte geäußert hat, einen Rüffel weil beide die bisherige „gute Gepflogenheit" in der Partei verletzen hätten, strittige Parteifragen nicht vor dem Forum bürgerlicher Zeitungsleser zu erörtern.

Nebe die Haltung der sozialdemokratischen Partei in der Frage der Regierungsbildung in Preußen schreibt die „Sozialistische Korrespondenz", daß die einmütigen Entschlüsse der Parteien dahin gehen, jede Verbindung mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen und die alte Koalition aufrecht zu erhalten. Andernfalls müsse man den bürgerlichen Parteien die Bildung der Regierung überlassen. Es sei gewiß, daß auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion so entscheiden werde.

Zur Wahrung des Arbeitsfriedens in Rheinland-Westfalen.

Essen, 1. März. Die Arbeitgeberverbände aller Industrien haben gestern in einer Sitzung die Frage der Kündigung des mit dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abgeschlossenen Gehaltsabkommens einer eingehenden Besprechung unterzogen, da von einer Anzahl von Angestellten die Kündigung zum 31. März gefordert worden war. Die Vertreter der Verbände haben einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die schwierige politische Lage zurzeit einer Kündigung unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden. Es wurde jedoch der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Arbeitgeber dem Rechnung tragen und ohne Kündigung den von den Angestellten gewünschten Verbesserungen an dem erwähnten Abkommen zustimmen werden.

Die Blutsauger am deutschen Volkskörper.

Die ungeheuren Kosten der Verbandsausschüsse.

Berlin 1. März. Der „Vorw." macht auf Grund von amtlichen Aufstellungen Angaben über die ungeheuren Kosten, die die Verbandsausschüsse Deutschland verursachen. Darnach sind in der Zeit vom 27. November 1919 bis 31. Dezember 1920 insgesamt für die Unterbringung, den Bureaubedarf, das Personal usw. der Ausschüsse 21 910 521 527 Mark verausgabt worden.

Die hier angeführten Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß jeder Kommentar sich erübrigt.

Deutschlands Wehrlosmachung.

Die Entfestigung im Westen

Berlin, 1. März. Auf Grund des Friedensvertrages werden die Maßnahmen für die Entfestigung weiter durchgeführt werden. Dafür wird, wie das „B. T." meldet, im Reichshaushaltsplan eine Summe von 250 Millionen Mark eingestellt. Die Entfestigungsarbeiten werden durchgeführt am Oberrhein 9 Millionen, in Rastatt 25 Millionen, in Köln 60 Millionen, in Koblenz 10 Millionen, in Mainz 30 Millionen, in Germesheim 30 Millionen, in Metz 40 Mill. und in Basel 10 Mill. sowie auf Helgoland 30 Mill. Mark.

Die Stimmung im Rheinlande.

Eine Untersuchung der Rheinlandkommission.

Koblenz, 1. März. Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet hat neuerdings bei der interalliierten Rheinlandkommission nachdrückliche Vorstellungen gegen die in den letzten Monaten erlassenen Maßnahmen erhoben. In Verfolg dieser Vorstellungen hat die interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, eine Anzahl Vertreter der rheinischen Bevölkerung über die Stimmung in der Bevölkerung über diese Maßnahmen zu hören. So sind Vertreter der Presse, der katholischen und evangelischen Kirche und der Universitäten im Rheinland eingeladen. Der Reichskommissar hat indes darauf hingewiesen, daß auch die Abgeordneten der besetzten Gebiete als berufene Vertreter des Rheinlands angehört werden müßten. Dem Vernehmen nach will die Rheinlandkommission demnächst auch Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Organisationen hören.

Eine unerhörte Anmaßung Polens.

Paris 1. März. Die polnische Regierung hat durch ihren Gesandten dem alliierten Rat neue Mitteilungen zugehen lassen, wonach sie ihre Entscheidung über Oberschlesien nur anerkennt, wenn die Abstimmung in verschiedenen Zonen erfolge.

England forscht nach unserer Wirtschaftslage.

London, 1. März. In der gestrigen Unterhaussitzung wurde an Lloyd George die Frage gerichtet, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um sich eine genaue Vorstellung von der Wirtschaftslage Deutschlands zu verschaffen, damit die Leistungsfähigkeit der Wirklichkeit entsprechend festgestellt werde. Lloyd George antwortete, daß die Verbündeten alle möglichen Maßnahmen ergriffen hätten, um über die Lage Deutschlands auf dem Laufenden zu sein. Ein Abgeordneter fragte, ob Lloyd George einen Minister seiner Regierung nach Deutschland entsenden wolle und dieser dort eine Untersuchung anstelle. Lloyd George schüttelte verneinend den Kopf und lächelte. Später erklärte er noch, daß die Frage der deutschen Steuer auf Wein, Bier und Tabak Gegenstand einer Unterredung mit den Deutschen auf der Londoner Konferenz sein werde.

Die deutsche Frage in London.

Paris, 1. Mrz. Die vorgestrige Beratung in Chequers wurde lediglich zwischen den Engländern und den Franzosen geführt, sie hat nur eine Stunde gedauert. Nach den Berichten der Pariser Preßvertreter hat sie der Frage gegolten, ob der Friedensvertrag es gestattet, schon vor dem 1. Mai, wenn es nötig sein wird, Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland anzuwenden. Nach dem „Matin" ist ein Ausschuß von Wirtschaftspolitikern und Juristen eingesetzt worden, um den Text des Friedensvertrages daraufhin eingehend zu prüfen.

Paris, 1. März. Wie der „Temps" aus London" berichtet, ist Ministerpräsident Briand aus Chequers wieder in London eingetroffen. Die Beratungen, die vorgestern in Chequers gepflogen wurden, hätten zu keiner Entscheidung geführt, denn es sei nicht nur möglich, derartige Beschlüsse in Anwesenheit der Vertreter Italiens und Belgiens zu fassen. Briand habe, als er in London ankam, erklärt: Wir erwarten nun die deutschen Vertreter. Sie müssen jetzt sprechen. Es kann also nichts gesagt werden, bis wir sie gehört haben.

Deutschlands Leidensgefährten.

Be hardstruppen in Konstantinopel.

Belgrad, 1. März. Die „Tribuna" meldet aus Konstantinopel, daß dort alliierte Truppen angekommen seien, und zwar 40 000 Engländer, 12 000 Franzosen und 12 000 Italiener. Man nimmt an, daß anläßlich der Konstantinopeler Konferenz ein Druck auf die Türkei ausgeübt werden soll.

Aus Stadt und Amt.

+ Rheine, den 2. März 1921.

ff- **Städtisches Lebensmittelamt.** Um etwaigen Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die in den Geschäften befindlichen Bestände an Weizenmehl (Kochmehl) nicht frei verkauft werden dürfen, vielmehr werden diese Bestände bei der nächsten Zuteilung, welche voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche erfolgen wird, angerechnet.

✱ **Verbesserte Zugverbindung.** Die D-Züge 137, 11,37 Uhr abends ab Rheine, und 138, 6,50 Uhr abends an Rheine, führen fortan auch zwischen Bentheim und Hannover dritte Wagenklasse. Damit ist die Eisenbahnverwaltung einem lang gehegten Wunsche des reisenden Publikums entgegengekommen.

ff- **Personalnachrichten der Eisenbahnverwaltung.** Ernannt sind der Oberbahnassistent Höhne in Rheine zum Hütervorsteher, die komm. Eisenbahnassistenten Fritzke und Schade in Rheine zu Eisenbahnassistenten. Versetzt sind Bahnhofsverwalter Munk von Wittmund nach Rheine, Oberbahnassistent Höhne von Burgsteinfurt nach Rheine, die Eisenbahnassistenten Bielefeld von Rheine nach Wittmund, Heß von Rheine nach Greven.

⊙ **Kundgebung gegen die Kommunalisierung.** Der von der Sozialisierungskommission veröffentlichte Gesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben droht demnächst festere Gestalt anzunehmen. Auf dem Wege über die Verstaatlichung von kaufmännischen und gewerblichen Betrieben sollen breite Schichten des selbständigen Unternehmertums beseitigt werden. Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft sind in gleicher Weise bedroht. Es gilt deshalb, alle Kräfte zu vereintem Kampf gegen diese Bestrebungen aufzurufen! In Erkenntnis dieser großen Gefahren haben sich die amtlichen Vertretungen des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft zusammengeschlossen zur Veranstaltung einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Kommunalisierung. Diese Versammlung findet am Montag, den 7. März 1921, nachmittags 3,45 Uhr in der Aula des städtischen Realgymnasiums zu Münster, Syndikatsplatz statt. Der frühere Oberbürgermeister und jetzige Handelskammersyndikus, Herr Dr. Most aus Duisburg, der über reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügt, wird in ihr über die Kommunalisierungsfrage sprechen. Nur ein Massenbesuch dieser Veranstaltung aus allen Kreisen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes vermag den gesetzgebenden Faktoren im Reich, Staat und Gemeinde in nachdrücklichster Weise vor Augen zu führen, daß tausende, in ihrer Masse zudem den Hauptteil der Steuerlasten tragende Existenzen nicht gewillt sind, sich jegliche Berechtigung in dem gütererzeugenden Wirtschaftsprozeß absprechen zu lassen, und zwar durch ein Gesetz, durch das auch die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Verbraucher und der Kommunen als in hohem Maße gefährdet erscheinen müssen. Es ist zu erwarten, daß auch in Rheine der Handwerkerstand und die Kaufmannschaft auf die drohenden Gefahren das Augenmerk richtet. Insbesondere auch durch Unterstützung der Organisationsbestrebungen läßt sich der Wille, nicht durch existenzvernichtende Experimente im Wirtschaftsleben den Untergang zu finden, ausdrücken. Demgemäß soll erneut auch auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, daß ein Anschluß an das Handwerker- u. Gewerbeamt wie auch der Einzelhändler-Vereinigung in den verschiedenen Branchen-Gruppe für jeden Handwerker u. Kaufmann erforderlich ist. Die vereinigte Geschäftsstelle der beiden Berufsgruppen ist dazu bestimmt, die Interessenvertretung den Behörden usw. gegenüber wahrzunehmen und bietet gerade in so kritischen Momenten, wie den vorstehend geschilderten, die Möglichkeit, die Meinung der verschiedenen Gewerbetreibenden zum Ausdruck zu bringen. (Karten zur angekündigten Versammlung sind auf dem Büro des Handwerker- u. Gewerbeamtes noch zu erhalten.)

♂ **Der Caritas-Verband für die Diözese Münster** veranstaltet in Verbindung mit den ihm angeschlossenen Fachorganisationen in der Woche vom 4.—10. April einen mehrtägigen Caritaslehrgang. Die Tagung gilt dem Wiederaufbau und der Gesundung des christlichen Familienlebens, das, durch die Caritas ergänzt, erneuert oder ersetzt werden muß. Am Montag, den 4. April, beginnen die Einleitungsvorträge. Die Vorträge der drei folgenden Tage dienen der Kleinkinder- und Schulkinderpflege, der Waisen- und Gefärdeten-, der Armen- und Familienfürsorge. Am Schlußtage, Samstag, wird auch das Verhältnis der freien Liebestätigkeit zu den Wohlfahrtsämtern eigens zur Besprechung kommen. Im Anschluß an die Vorträge sollen Besichtigungen caritativer Anstalten und Einrichtungen stattfinden. Möchten sich recht viele Interessenten an dem Kursus beteiligen, um sich zu schulen für die so notwendige Mithilfe auf den Gebieten der freien Liebestätigkeit. Auch für berufliche Kräfte der allgemeinen Wohlfahrtspflege wird der Lehrgang wertvolle Anregungen bieten. Die Vorträge finden statt im Kollegium Borromäum 8-9 und beginnen am 4. April, nachmittags 4 Uhr. Der Teilnehmerbeitrag beträgt für den ganzen Kursus 25 M. (Einleitungs- und Schlußvorträge sind frei.) Auswärtige Teilnehmer finden auf Wunsch Wohnung und Verpflegung im Kollegium Borromäum und Marianum (pro Tag 20 M). Anmeldungen und Anfragen nimmt entgegen das Caritassekretariat Münster i. W., Salzstraße 5-6. Programme und Teilnehmerkarten sind von dort aus erhältlich.

♂ **Lichtbildervortrag.** Am Donnerstagabend um 8 Uhr wird Herr Prof. Brockhausen einen Vortrag über ausgestorbene Pflanzen und Tiere halten. Da es sich hierbei namentlich um die seltsamen Pflanzen der Steinkohlenzeit und über die über alle Begriffe großen und wunderlich gestalteten sog. vorsinntflutlichen Ungetüme handelt, über die man mancherlei gehört hat, ohne sie sich recht vorstellen zu können, so sei jedem der Besuch dieses Vortrages empfohlen. Der Vortrag findet in der Aula des hiesigen Gymnasiums statt.

⊙ **Gartenbauverein.** Auf die heute abend 8 Uhr im Gesellenhause stattfindende Versammlung des Gartenbauvereins sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

♂ **Kath. Frauenbund Deutschlands.** Die Bezirkssekretariate Münsterland-Oldenburg und Westhannover veranstalten in Münster einen Fortbildungskursus zur Besprechung zeitgemäßer Frauenfragen. Die Uebung beginnt am Montag, den 7. März, und schließt am Mittwoch, den 8. März. Die Teilnehmerkarte für den gesamten Kursus beträgt 10 M, Tageskarten 5 M. Für Wohnung ist in einem Kloster (Studentinnenkurse, Krummertimpen 20) Sorge getragen. 2 Nächte 13 M, gemeinsames Mittagessen zu 5 M und Abendessen 3 M im Kindergärtnerinnen-Seminar (Hörsterstraße 43-44). Wir bitten um sofortige Anmeldung, spätestens bis zum 4. März, mit genauer Angabe, ob Wohnung und Mahlzeiten gewünscht werden. Die Anmeldungen sind zu richten an das Sekretariat in Münster, Pius-Allee 11, oder bei der Vorsitzenden des Zweigvereins Rheine, Frl. Mönchemeier. Programm: Montag, den 7. März: 3 Uhr: Eigenart und Aufgaben der kath. Frauenbewegung (Dr. El. Cosak, Köln); 5 Uhr: Der Wille zur Gemeinschaft im K. F. D. (Dr. Laarmann, Münster); Dienstag, den 8. März, 9,30 Uhr: der Bildungsgedanke im Programm des K. F. D. (Dr. Elos. Cosak, Köln); 11 Uhr: Sinn und Gestaltung der Hausfrauentätigkeit in der Stadt und auf dem Lande, (Frau Schmidt, Warendorf, und Frl. Lindemann-Münster); 3 Uhr: Bildungsaufgaben im Leben der berufstätigen Frau, (Frl. Birnbach, Dortmund); 5 Uhr: Das Bildungsstreben unserer Jugendlichen und seine psychologischen Voraussetzungen (Dr. Gerta Krabbel, Köln); Mittwoch, den 9. März: 9,30 Uhr: Jugendabteilung und Zweigverein (Frl. Hedwig Ruft), Köln); 11 Uhr: Die Frau im öffentlichen Leben (Dr. Emmy Wingerath, Köln).

Provinzielles.

Münster, 28. Febr. **Wahllüge.** In der Josephskirche wurde am letzten Sonntag von der Kanzel folgende Erklärung verlesen:

Die hiesige sozialdemokratische Zeitung „Der Volkswille" hat in Nr. 43 (Dienstag, den 22. Febr.), einen Artikel veröffentlicht, welcher die Ehre unserer Pfarrkirche antastet und darum eine öffentliche Zurückweisung vor der Pfarrgemeinde verlangt.

Der Artikel lautet also:

Wie eine Blasphemie (d. i. Gotteslästerung) mutet es an, daß fromme Zentrumsleute die ganzen Bänke in der Josephskirche zu Münster mit Zentrumsstimmzettel belegten, um so die Kirchenbesucher für sich einzufangen, die natürlich von gewisser Seite vorher richtig vorbereitet worden sind. Welches Geschrei würden die äußerlich ach so fromm tuenden, innerlich aber zu jedem Mißbrauch der Religion bereiten Zentrumsagitatoren und Zeitungen erheben, wenn ein Sozialdemokrat der gleichen tun würde, aber ein solcher kommt garnicht auf einen solchen Gedanken, weil ihm Religion Privatsache ist.

Soweit der Artikel.

Wir erklären hiermit im Angesichte der ganzen Pfarrgemeinde St. Joseph:

1. daß auch nicht eine einzige Bank in der Josephskirche mit Stimmzetteln belegt worden ist;

2. daß die für die Pfarrangehörigen beleidigende Behauptung die mittlerweile auch in andere sozialdemokratische Blätter übergegangen ist, völlig unwahr ist.

Außerdem wurde an die Redaktion des „Volkswillens" dieser Brief übersandt:

Münster, den 24. Februar.

An
die Redaktion des „Volkswille" Münster.

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme des Folgenden in der nächsten Nummer Ihre Blatte:

Die in Nr. 43 des „Volksw." aufgestellte Behauptung, daß in der Josephskirche zu Münster fromme Zentrumsleute die ganzen Bänke mit Zentrumsstimmzetteln belegt haben, um die Kirchenbesucher für sich einzufangen, ist völlig unwahr.

Weder die Geistlichen noch die sonstigen Kirchenbeamten, denen die Aufsicht in der Kirche obliegt, haben auch nur auf einer einzigen Bank Stimmzettel gesehen.

Ein solcher Unfug wäre sofort dem Pfarrer gemeldet worden.

Die Mitteilung an die Redaktion Ihres Blattes erkläre ich für Lüge und Verleumdung.

Das Pfarramt St. Joseph.
Druffel, Pfarrer.

() **Münster**, 28. Febr. **Ertappte Diebe.** In einem hies. Geschäft waren von drei Verkäuferinnen seit Weihnachten andauernd Waren entwendet worden, die zu einer Frau gebracht und von dieser wieder verkauft wurden. Bei dem Verkauf kam man den Diebstählen auf die Spur. Ein großer Posten Waren konnte der bestohlenen Firma wieder zurückgestellt werden. — In ähnlicher Weise kam Diebstählen auf die Spur, durch die ein Mädchen auf der Hammerstraße ihren Dienstherrn seit September v. Js. um etwa 20 000 Mark erleichtert hatte. — Auf dem Prinzipalmarkt wurde gestern abend ein junger Mann verhaftet, der einem Jungen das Fahrrad weggenommen hatte; er steht in dem Verdacht, noch mehrere derartige Diebstähle ausgeführt zu haben.

Stimmen aus dem Leserkreise.

(Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Eingesandt.

Die Hausfrauen unter Eingesandt in Nr. 34 der Münsterländischen Volkszeitung werden den meisten Hausfrauen Rheines aus den Herzen gesprochen haben. Wenn nun in der Zwischenzeit auch zwei Pfund sog. Kochmehl" zur Verteilung gelangten, so ist doch u. E. die Aufklärung der Stadtverwaltung in Nr. 35 der Münsterländischen Volkszeitung ganz ungenügend und vielleicht, doch dies kann nicht behauptet werden, hätte es die erste Portion Mehl auch jetzt noch nicht gegeben, wenn nicht Stimmen darüber verlautbar geworden wären. Wenn nun auch, wie das Bürgermeisteramt behauptet, die Versorgung der Stadt mit Mehl nicht Sache der Stadt selbst, sondern des Kreises ist, so dürfte sich die Stadt doch nicht ohne weiteres vom Kreise abspeisen lassen; denn es gibt doch auch noch höhere Behörden, wo die Stadt ihr Recht, das zu verlangen, was den Bürgern unbedingt zusteht, behaupten und durchsetzen müßte.

Wenn das Kochmehl nun schon in anderen Städten seit Monaten verteilt wird, so ist es doch eigentlich unverständlich, daß sich die hiesige Stadtverwaltung, trotz angeblich rechtzeitiger Anforderung, monatelang hinhalten läßt.

Es wäre jedenfalls zu wünschen, daß auch in Rheine nun mehr das Kochmehl regelmäßig zur Verteilung gelangen würde.

Auf die Brotverhältnisse nochmals einzugehen, halten wir für zwecklos, denn unter dieser Krise hat Rheine bisher gelitten und wird auch weiter darunter zu leiden haben.

Viele um das Mehl sehr verlegene Leser und Bäcker.

Letzte Nachrichten.

Die Besprechungen in Chequers

tu. **Paris**, 2. März. (Drahtber.) Reuter verbreitet folgende offiziöse Mitteilung über die Besprechungen auf dem Landsitz Chequers: Als Folge der Unterhaltung, die zwischen den Premierministern stattfand und gemäß den Informationen, die Lloyd George durch den englischen Botschafter Lord d'Abernon über die Lage in Deutschland erhalten hat, wird die Haltung der Alliierten auf der Konferenz sehr fest sein. Die Herren Lloyd George und Briand haben beschlossen, sehr energisch die Zahlung der Wiedergutmachung seitens Deutschlands zu fordern. Obgleich sie geneigt sind, die Argumente des deutschen Außenministers anzuhören, wird keiner von ihnen auf Grund der Informationen, die sie besitzen, wichtige Konzessionen an die Deutschen machen.

Militärische Sanktionen — allein wirksam

tu. **Paris**, 2. März. (Drahtber.) Sämtliche hier gestern morgen eingetroffenen Nachrichten, fordern einmütig Sanktionen im Falle einer abschlägigen Antwort Deutschlands an London. Aus der Berufung des Marschalls Foch u. Wilson wird der Schluß gezogen, daß der militärischen Sanktionen als allein wirksam betrachtet werden. Der einzige Punkt, der zum Gegenstand von Verhandlungen werden könnte, ist die Frage, ob die Sanktionen vor dem 1. Mai in Kraft treten sollen.

Die Londoner Konferenz.

wtb. **London**, 2. März. (Drahtber.) **Amtlicher deutscher Bericht. Gestern vormittag um ½12 Uhr fand in Lancaster House die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an welcher außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahm. Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unannehmbar seien. Darüber enthalten die beiden Denkschriften Einzelheiten, die er der Konferenz überreiche. Dr. Simons gab sodann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge. Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer glänzenden Verkennung der Bedürfnisse der Alliierten beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und heute ihre Antwort geben. Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.**

Die deutschen Gegenvorschläge.

wtb. London, 2. März. (Drahtber.) Die deutschen Gegenvorschläge haben folgenden Wortlaut: Der Jetztwert der geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der von Deutschland angebotenen Rückdiskontierung mit acht Prozent jährlich etwa über 56 Milliarden Goldmark. Davon sind die bisherigen Leistungen Deutschlands in Abrechnung zu bringen, deren genauer Wert durch eine besondere gemischte Sachverständigenkommission festzustellen wäre. Der verbleibende Betrag solle baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen in möglichst großem Umfange etwa bis zu acht Milliarden Goldmark mit möglichst niedrigem Zinsfuß und nach fünf Jahren einsetzender Tilgung erfolgen. Deutschland ist bereit den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Anleihedienst übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre eine Milliardenannuität durch Sachleistungen. Deutschland erklärt sich bereit, durch Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Anrechnung mitzuwirken. Der nicht durch Anleihen oder anderweitig gedeckte Betrag der Reparationsschuld wird bis zu fünf Prozent verzinst die bis zum 1. Mai 1926 durch Annuitäten ungedeckten Schulden werden ohne Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die Finanzierung der Restschuld bleibt vorbehalten. Der Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird durch die Vorschläge Rechnung getragen. Voraussetzung für diese Vorschläge sind der Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung.

tu. Paris, 2. März. (Drahtber.) Die Agence Fournière berichtet aus London: Die Konferenz trat gestern morgen unter dem Vorsitz von Lloyd George um 11½ Uhr zusammen. Die deutsche Delegation wurde sofort eingelassen und Dr. Simons begann unverzüglich seinen Vortrag. Er unterbreitete die deutschen Gegenvorschläge, die aber für die Alliierten unannehmbar sind. Nach dem heutigen Wechselkurs würde sich die Entschädigung, die Dr. Simons vorgeschlagen hat, auf 50 Milliarden Goldmark belaufen. Von diesen 50 Milliarden Goldmark behauptet die deutsche Delegation, daß 20 Milliarden bereits durch verschiedene Leistungen bezahlt seien. Der Vortrag Dr. Simons' hat auf die Konferenz einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Lloyd George war höchst unzufrieden und erklärte, der deutsche Vorschlag zeige, daß die deutsche Regierung die politische Lage nicht verstehe. Die Sitzung dauerte bis 1¼ Uhr. Die Alliierten werden wahrscheinlich Mittwoch auf die deutschen Gegenvorschläge antworten. Lloyd George hat die alliierten Sachverständigen, insbesondere Marschall Foch, ersucht sich in ihren Hotels bereit zu halten um auf den ersten Ruf des Präsidenten der Konferenz bereit zu sein.

Handelsnachrichten.

Kursbericht

Mitgeteilt von der

Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.

Devisenkurse.

Berlin, den 1. März 1921

	vor. Kurs	Kurs vom 1. März	Höchste bish. Gr	Friedensstand
Antwerpen und Brüssel	467½	460½	—	—
Amsterdam, Rotterdam	2137.15	2127.18	4204.—	168.75
Kopenhagen	1126.15	1096.10	1701.50	112.50
London	243	237½	350.65	20.40
New-York	62.94½	61.07	104.10	4.20
Paris	447.95	442.45	710.20	81.30
Schweizer Plätze	1038.55	1023.45	7101.—	21

Wertpapiere.

	vor. Kurs	Kurs v. 1. März		vor Kurs..	Kurs 1. März
5% Reichsanleihe	77.50	77½	Gelsenk. Bergw.	321	320
Schiffahrts-Aktien			Georgsmarienhütte	320½	319
Hamb. Am. Pak.	191½	189	F. H. Hammersen.	379½	360
Hansa Dampfsch.	318	312	Harpener Bergbau	431½	421
Nordd. Lloyd	191½	190	Hoesch Eisen, Stahl	751	726½
Bank-Aktien.			Hohenlohe Werke	360¼	257
Deutsche Bank	293	292	Kaliw. Aschersl.	330	326
Discont. Kom. Ant.	240¾	240	Laurahütte	224	316
Osnabrücker Bank	160	161¼	Mannesm. Röhren	557	549
Industrie-Aktien.			‚Mark' Portl. Zem.	537½	505
Adlerwerke	241¼	240	Mech. Web. Linden	335	331
Bismarckhütte	—	—	Obschl. Eisenb. Bed	292	287½
Braunkohlen Brik.	331	320	Oberschl. Eisenind.	276	270½
Buderus Eisenw.	574	533	Osnabr. Kupfer	405½	400
Daimler Motoren	256	246½	Phönix Bergbau	564	555½
Deutschl. ux. Berg.	310	304	Romb. Hütten	325	325
Deutsche Erdöl	890	910	Siemens & Halske	282¼	279½
Kaliw. Deutsche	345	341½	Thörls v. Harb. Oelf	776	770
			Ver. Cöln-Rottw.	347	336
			Wick.-Portl Zem.	357	348

Die Steuerstaffelung.

Das Einkommensteuergesetz wird bekanntlich bereits zum vierten Male ergänzt und geändert. Schöner wird es dadurch nicht, wohl aber komplizierter, ein Umstand, der angesichts des ohnehin dem Laien kaum verständlichen umfangreichen Steuerformulars nicht gerade von Vorteil ist. Daß man aber auch bei der neuesten Abänderungsvorlage garnicht daran gedacht hat, irgendwie auf das Verkehrsübliche Rücksicht zu nehmen, sondern sich nur immer nicht von der albernen Tendenz losmachen will, jede Ersparnis grundsätzlich zu verhindern, sondern alle Leute möglichst nur aus der Hand in den Mund leben zu lassen, zeigt die Art der Staffelung. Diese rechnet nämlich im Gegensatz zum Verkehrsüblichen mit dem Decimalsystem. Da unser Jahr 12 Monate hat, so ergibt sich von selbst, daß sowohl die Gehaltsquoten, wie die Einnahmen der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden der Zwölfteilung unterliegen. Trotzdem staffelt der Tarif 20 000, 22 000 ℳ, usw. Am empfindlichsten zeigt sich das bei dem großen Sprung für Einkommen über 20 000 ℳ. Bis zu diesem Betrage sollen 10 Prozent steuerpflichtig sein, dann aber sofort Beträge darüber 20 Prozent. Nun rechnet unser Verkehrsleben aber nicht in der Weise, sondern staffelt so: 12 000, 15 000, 18 000, 24 000 ℳ, d. h. es rechnet mit einem Monatseinkommen von 1000, 1250, 1500, 1800, 2000 ℳ. Die Steuerstaffelung schneidet also mitten in die Gruppe von 1500 und 1800 ℳ monatlich ein. Daraus ergibt sich, daß der, der monatlich ein Einkommen von 1800 ℳ hat, also ein Jahreseinkommen von 21 600 ℳ, wegen dieser 1600 ℳ mehr, 20 Prozent Steuern zahlen muß, obwohl er wirtschaftlich sich nicht anders steht, als ob er 20 000 ℳ Jahreseinkommen hätte. Bei Festangestellten ließe sich das ja z. B. in der Weise vermeiden, daß der Betreffende mit dem Dienstherrn einen Vertrag schließt, wonach das Gesamteinkommen nur 20 000 ℳ beträgt, er also auf die 1600 ℳ Verzicht leistet. Er steht sich bei diesem Verzicht nicht viel schlechter, als wenn er von 21 600 ℳ Steuer zahlt. 20 Prozent von 21 600 ℳ sind 4320 ℳ, 10 Prozent von 20 000 dagegen 2000 ℳ. Er opfert dann noch die 1600 ℳ dazu, hat also im Ganzen ein Minus von 3600 ℳ, also 18 000 ℳ freies Einkommen. Im andern Falle müßte er 4320 ℳ = 3600 ℳ + 720 ℳ zahlen, hätte also ein freies Einkommen von 17 280 ℳ, also 720 ℳ weniger. Derartiges läßt sich bei Festangestellten erreichen. Anders aber ist es bei Gewerbetreibenden. Da ein solcher es nicht in der Hand hat, genau das Durchschnittseinkommen so anzupassen, daß es 20 000 ℳ auch nicht um wenige 100 ℳ übersteigt, es braucht dieses nur so zu sein, daß er etwas über 166,66 ℳ kommt, dann hat er das zweifelhafte Vergnügen, statt der 10 Prozent das Doppelte an Steuer zu zahlen. Gerade hier in diesem auf die praktisch im Wirtschaftsleben nicht vorkommende Zahl 20 000 ℳ abgestellten Sprung von 10 Prozent auf 20 Prozent liegt die Gefahr für den Gewerbetreibenden. Wollte man die Steffelung wirtschaftlich richtig machen, so müßte man also 21 600 ℳ, oder besser noch 24 000 ℳ nehmen, denn ein Kaufmann, der monatlich 2000 ℳ verdient (das wäre nach früherer Rechnung 200 ℳ), ist doch wohl nicht gerade zu den „Kapitalisten" zu zählen. Es muß versucht werden, auf die Abgeordneten dahin einzuwirken, daß die Staffelung diesem wirtschaftlichen Brauche angepaßt wird, aber nicht von blindwütigem Haß gegen alles diktiert wird, welches soviel verdienen will, um nicht jeden Monat völlig blank dazustehen, unter dem Deckmantel eine „Kapitalanhäufung" (bei monatlich 1800 ℳ!) zu verhindern.

Syndikus Dr. K. E. Meyer.

Vereinskalender.

Katholischer Gesellenverein. Am Mittwoch, abends 8 Uhr Probe der Orchesterabteilung.

Aloysius-Verein. Mittwochabend 7 Uhr Ueben des Trommlerchors im Falkenhof.

Kath. Arbeiter-Verein St. Paulus und deutscher Gewerkschaftsbund. Am Mittwochabend 8 Uhr im Paulushause Unterrichtskursus. Vortrag: Die neuzeitliche Gewerkschaftsbewegung.

Verband christl. Maler. Donnerstagabend 8 Uhr Versammlung bei Fuest.

Druck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Hans Stüwer, für den Anzeigen- und Reklameteil Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Streik höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel wird keine Gewähr für Lieferung geleistet; auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen. Für Aufbewahrung und Zurückgabe unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Todesanzeige.



Gott dem Herrn hat es gefallen, meinen innigstgeliebten, herzensguten Mann, meiner Kinder treusorgenden Vater, unsern lieben Bruder, Schwager und Onkel, den

Rangierführer

August Susewind

nach langer Krankheit zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb im Alter von 39 Jahren, und im 14. Jahre einer glücklichen Ehe.

Um ein andächtiges Gebet für den Verstorbenen bitten:

Rheine, den 2. März 1921.

In tiefer Trauer:

Frau Ww. August Susewind nebst Kindern.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, nachm. 2 Uhr in Osnabrück vom Hauptbahnhof aus.

Sitzung

der Stadtverordneten-Versammlung am Freitag, den 4. März 1921, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Oeffentliche Sitzung.
1. Gesuche um Erlaß von Luftdarbeitssteuer.
2. Gesuch des Vorstandes des Vereins für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen um Bewilligung einer Beihilfe.
3. Beschlußfassung betreffend Erhebung von Zuschlägen zu den Steuersätzen für die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs.
4. Gesuch des Kuratoriums des Mathiasspitals um Bewilligung einer Beihilfe.
5. Beschluß des Gymnasialkuratoriums zu dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung betreffend Befreiung vom Schulgeld.
6. Beschlußfassung über die im Rechnungsjahr 1921 in die städtische Reinigung zu übernehmenden Straßen und Plätze.
7. Beschlußfassung über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Ortsgesetzes betreffend die Abfuhr des Hausmülls im Stadtbezirk Rheine und über die Höhe der im Rechnungsjahre 1921 zu erhebenden Gebühren.

2 Geheime Sitzung.

Bekanntmachung.

Von Donnerstag, den 3. März bis Montag, den 7. März kommt in den Geschäften der Stadt Rheine der

März-Zucker

zum Verkauf. Es darf an die Verbraucher auf jede März-Zuckermarke 750 Gramm Zucker verabfolgt werden.

Der Preis für 1 Pfund gemahlene Raffinade beträgt Mk., 3.90, der Preis für 1 Pfund Kandis beträgt Mark 4.80.

Die leeren Zuckersäcke müssen sofort, spätestens am Dienstag, den 8. März, der Firma Hacke & Niemöller, hier, zurückgegeben werden

Die gesammelten Zuckermarken müssen in bekannter Weise ebenfalls am Dienstag, den 8. März der Firma Hacke & Niemöller, hier, eingereicht werden. Geschäftszeit: Vorm. 7½—12 Uhr, nachm. 1½—5 Uhr.

Sondermarken für Frauen und Kinder werden mit 750 Gramm eingelöst.

Die Kleinhändler werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß säumigen Verbrauchern von Dienstag, den 8. März kein Zucker mehr verabfolgt werden darf.

Es darf nur Zucker an Eingesessene der Stadt Rheine abgegeben werden, soweit dieselben in die Zuckerkundenliste eingetragen sind.

Rheine, den 1. März 1921.

Der Bürgermeister.

Verding.

Die Arbeiten (ausschließlich Materiallieferung) zum chausseemäßigen Ausbau eines 1100 m langen Verbindungsweges zwischen den Chausseen Rheine-Dreyerwalde und Rheine-Ibbenbüren sollen vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen liegen auf dem Bauamt des Amtes Rheine Poststraße 19 während der vormittägigen Dienststunden zur Einsicht auf und können, mit Ausnahme der Zeichnungen, gegen Erstattung der Herstellungskosten von 5 Mk. von dort bezogen werden.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis Mittwoch, den 9. März ds. Js. vormittags 10 Uhr dem Bauamt des Amtes Rheine einzureichen. Eröffnungstermin zur selben Zeit, Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Rheine, den 26. Februar 1921.

Der Amtmann.

Kohlen-Verkauf.

Die folgenden Bezugsberechtigten erhalten bis einschließlich Freitag den 4. März ds. Jrs. die Kohlenmarke Nr. 6 der Stadt Rheine mit je 1 Zentner Kohlen beliefert.

Lfd. Nr. 981—1270 des Verteilungsbezirks A beim Kohlenhändler H. Sandmann;

Lfd. Nr. 1271—1360 des Verteilungsbezirks A beim Kohlenhändler H. Hübers, Elterstraße.

Rheine, den 1. März 1921.

Der Bürgermeister.

Kohlen-Verkauf.

Lfd. Nr. 331—605 des Verteilungsbezirks C erhalten die Kohlenmarke Nr. 6 der Stadt Rheine bis einschließl. Freitag, den 4. März ds. Js. beim Kohlenlager R. Krey u. Co. mit je 1 Zentner Kohlen beliefert.

Rheine, den 1. März 1921.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Arbeiten für den chausseemäßigen Ausbau der Lindenstraße in Rheine i. W. soll auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen sind beim Tiefbauamt der Stadt Rheine einzusehen und können auch von dort mit Ausnahme der Zeichnungen gegen Erstattung der Selbstkosten in Höhe von 10 Mk. bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Eröffnungstermin am Mittwoch, den 9. März ds. Jrs. vormittags 11 Uhr beim Tiefbauamt einzureichen.

Rheine, den 28. Februar 1921.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Von Donnerstag, den 3. März bis Montag, den 7. März, kommt in den Geschäften des Amtes Rheine, der

März-Zucker

zum Verkauf. Es darf an die Verbraucher auf jede März-Zuckermarke 750 Gramm Zucker verabfolgt werden.

Der Preis für 1 Pfund gemahlenen Raffinade beträgt Mk. 3.90, der Preis für 1 Pfund Kandis beträgt Mark 4.80.

Die leeren Zuckersäcke müssen sofort, spätestens jedoch am Dienstag, den 8. März der Firma Hacke & Niemöller, hier, abgeliefert werden.

Die gesammelten Zuckermarken müssen in bekannter Weise ebenfalls am Dienstag, den 8. März der Firma Hacke & Niemöller, hier eingereicht werden. — Geschäftsstunden vorm 7½—12 Uhr, nachm. 1½—5 Uhr.

Sondermarken für Frauen, Kinder und Urlauber werden mit 750 Gramm eingelöst.

Die Kleinhändler werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß säumigen Verbrauchern von Dienstag, den 8. März kein Zucker mehr verabreicht werden darf.

Es darf nur Zucker an die Eingesessene des Amtes Rheine verabfolgt werden, soweit dieselben in die Zuckerkundenliste eingetragen sind.

Rheine, den 1. März 1921.

Der Amtmann.

Kohlenbezug für den Amtsbezirk Rheine.

Haushaltungen des Amtes Rheine, die noch im Besitze der Kohlenmarke Nr. 27 sind, können diese bis Freitag, den 4. März ds. Jrs. bei den Kohlenhändlern Wellermann, Schiee, Exeler in Eschendorf Firma F. A. Kümpers alte Fabrik, Elterssache (Konsum Göbel) und Brünen in Rheine beliefert erhalten.

Von Samstag, den 5. März darf mit der Belieferung der Kohlenmarke Nr. 28 begonnen werden. Die Kohlenmarken Nr. 27 sind mit dem 4. März verfallen und können auch durch Abstempelung ihre Gültigkeit nicht zurückerlangen.

Die Kohlenhändler und Werksbesitzer haben die gesammelten Kohlenmarken Nr. 27 gezählt und gebündelt am Montag, den 7. März vormittags von 8 bis 12 Uhr im Amtsverwaltungsgebäude Zimmer Nr. 1 abzuliefern.

Rheine, den 1. März 1921.

Der Amtmann.

Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte.

Für diejenigen Kriegerwaisen, welche erstmalig zur Kommunion gehen oder konfirmiert werden und sich in bedürftiger Lage befinden, können Beihilfen zur Kleiderbeschaffung gewährt werden.

Die gleiche Beihilfe kann gewährt werden für Kinder solcher Kriegsbeschädigter, welche sich infolge der Art und Schwere ihres Versorgungsleidens in einer dauernden Notlage befinden.

Anträge sind spätestens bis 8 ds. Mts. im Rathaus Zimmer 2 oder beim Wohlfahrtsamt des Amtes zu stellen.

Rheine, den 1. März 1921.

Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene für Stadt und Amt Rheine.

Zu verkaufen:

1 Wanduhr,
1 Ausziehtisch, fast neu,
1 Kommode,
1 Koffer, (Eichen),
1 Ziehharmonika
Näh. Geschäftsstelle.

Verloren!

Ein wollenes **Schultertuch** von Altenrheine—Dörentherstr. bis Bäckerstraße. Gegen Belohnung abzugeben.

Leostrasse 19.

Häuser-Verkauf!

Es steht ein Wohnhaus zu verkaufen in der Altstadt. **Hemke.**

Es steht zum Verkauf an der Lingenerstraße ein Geschäftshaus. **Hemke.**

Es steht zum Verkauf an der Elterstraße ein Geschäftshaus. **Hemke.**

Es steht zum Verkauf an der Gellendorferstr. ein Wohnhaus mit Garten. **Hemke.**

Es stehen zum Verkauf zwei Wohnhäuser mit Gärten, Nähe der Elterstr. **Hemke.**

Es stehen zum Verkauf ein Wohnhaus, Hörstelerstraße.

C. Hemke,
Auktionator, Industriestr. 4, bei der Bastilla.

Pflanzkartoffeln

Sechswochenmäuse gelbfleischig,
Paulsens-Juli-Kaiserkrone, Perle von Erfurt, Königsniere,
frühreste Sorten aus eintreffender Ladung. — Bestellungen erbitte bis Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr.

Ferdinand Jesse,
Tel. 138.
Vorstandsmitglied des Gartenbauvereins.



Mercedes Schreibmaschinen

Das erfolgreichste Fabrikat.

Vertreter
Buchhandlung Hinken,
Rheine i. W., Ibbenbürenerstraße 29. - Fernruf 203.
Prospekte und Vorführung kostenlos u. unverbindlich. - Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen.

Suche für sofort älteres
Haushälterin
Selbige muß Liebe zu Kindern haben.
Näh. Geschäftsst.

Suche
Stelle
als Stütze oder Haushälterin in bürgerlichen Haushalt.
Angeb. unter H. K. 800 an die Geschäftsstelle

Offeriere:
Obstbäume u. Weißdorn
Grothe.

1 Heizer
und ein
jugendl. Arbeiter
gesucht.
Siemens Lagerlag.

Besserer Herr sucht
2 möblierte Zimmer
Angeb. unter H. S. an die Geschäftsstelle.

Suche für mein Manufakturwaren geschäft einen gewandten
Reisenden
für eingeführte Tour.
Angebote unter „Reisenden" an die Geschäftsst.

Tragendes
Schaf
und ein
Läuferschwein
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

1 tragendes ostfriesisches
Schaf
zu verkaufen.
B. Sloot,
Eschendorf, Bissstraße 29.

Wurmagin
gegen Spul- u. Madenwürmer ist das ideale Wurmmittel der Wörishofener Naturheilwerke.
Th. Nienkemper,
Markt-Drogerie.
Versand nach auswärts.

Arbeitsmann findet im Amt Rheine beim Landwirt
Kost und Logis
beim Mitarbeiten in seiner freien Zeit in der Landwirtschaft evtl. auch gegen Lohn oder Lebensmittel.
Näh. Geschäftsstelle.

Billig zu verkaufen:
2 einschl. Betten mit Matratzen,
1 Sofa, 1 Eckfofa,
für Wirte sehr geeignet.
Näheres in der Geschäftsstelle.

Von **Mittwoch** und jeden Tag bei mir
frischen Schellfisch, Cabliau, Bratheringe u. andere Sorten frische Fische sehr billig
zu haben
Buchdahl, Hügel 6,
Aeltestes und größtes Fischgeschäft am Platze.

Ia Fettheringe
delikate, ca. 20 cm lang, Postfaß ca. 60 Stck. 35.60 Mark frei Nachnahme
A. Grosze, Charlottenburg 4, Krummestr. 27.

Habe in den nächsten Tagen eine Ladung
prima Kunkeln
am Bahnhof und gebe dieselben auch in kleineren Posten ab. — Bestellungen nehmen entgegen Wirt **Beesten** und **Laurenz.**

Für die Expedition suche per sofort ein junges
Mädchen
mit guter Schulbildung und Handschrift
Färberei Riesenbeck

Wohnung
von 4—5 Räumen gesucht, evt. Tausch mit 3—4 Zimmerwohnung in Rheine.
Angebote unter G P 27 an die Geschäftsstelle.

Jüngerer Kaufmann sucht gemütliche
1 Zimmerwohnung
mit voller Verpflegung.
Angeb. u. H. R. 15 an die Geschäftsstelle.

Herrschaftl. fast neues
Einfamilienhaus
in bester Lage sofort zu verkaufen.
Angeb. unter K. S. D. an die Geschäftsstelle.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Rheine i. W.

Fernruf 55 u. 56. Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Cöln 107008.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Lebensmittel!

Käse

Holländer	Pfd. 18.—
Edamer	Pfd. 19.—
Molkerei	Pfd. 7.50
Cornedbeef	Pfd. 10.—

Rinderfett Ia Pfd. 9.50
Rüböl liter 14.50

Gemüse Nudeln Pfd 7.50
frische Citronen 55 ₰
Cocosraspel Pfd. 10.—
vorzüglich zur Bereitung v. Makronengebäck.
sodann täglich frisch eintreffend:
Makrel-Bücklinge Pfd. 3.80

H. Hill Rheine i. W., Emsstrasse 15.

Stroh und Steckrüben

hat abzugeben
v. Geschersche Gutsverwaltg.
Venhaus.

Persil

Persil Persil

wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bekanntmachung.

In der Zusammenlegungssache des Emsdettener Venns beabsichtigen die unterzeichneten Deputierten zur Milderung der Brennstoffnot kleine Flächen von 3—5 Ar Größe aus den gemeinschaftl. Torfgrundstücken auf eine längere Reihe von Jahren am Samstag, den 19. März, nachmittags 2 Uhr zu verpachten. Bei der Verpachtung sollen zuerst diejenigen Beteiligten berücksichtigt werden, die keine Abfindung in Torfgrund erhalten haben. Auskunft erteilen die Unterzeichneten, an die auch die Anträge zu richten sind.

Felix Autmaring, Isendorf Nr. 8,
Joseph Hummert, Westum Nr. 2,
F. Wilp, Mesum Nr. 50.

Freitag, den 4. März, nachmitt. 3 Uhr werde ich im Rathause, Geschäftszimmer der Stadthasse) für letztere

einen Schreibtisch, ein gr. Bild und ein Barometer

öffentlich; meistbietend gegen Bar versteigern.
Hausmanns, Vollziehungsbeamter.

Ein Hofhund zu verkaufen.
Aug. Baumann, Altenrheine.

Junge hochtragende **Ziege** zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Kriegerverein Rheine.

Einladung zu der am Sonntag, den 6. März um 4½ Uhr im Vereinslokal Gebr. Elpers stattfindenden

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Besprechung über Errichtung eines Denkmals für die im Weltkriege Gefallenen.
2. Neu- und Zuwahl des Vorstandes.
3. Sommerfest.
4. Vorschläge u. Beschlußfassung über die Kontrolle bei den Festen.
5. Beschlußfassung über anderweitige Einholung der Beiträge.
6. Besprechung über das am 18. Juni 1922 stattfindende 50jährige Jubiläum d. Kriegervereins.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden sämtliche Kameraden dringend zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Jauchefässer

150 Liter 205 Mk.
175 Liter 230 Mk.

Starke **Handwagen** 228 Mk.

Verzinkte u. emaillierte **Wannen sowie Kessel** äußerst billig.

H. Mues
Hörstelerstraße.

Reforma Revontee

allein echt aus den Wörishofener Naturheilwerken.
Th. Nienkemper,
Markt-Drogerie Rheine.
Versand nach auswärts.

- Bruyere - Mutzen

neue Sendung eingetroffen empfiehlt
Hugo Steinfeld,
Nordd. Tabak-Industrie
Emsstr. 25. Unterm Bogen

Selbstgeber gibt Darlehen
! an sichere Personen ! — ohne Bürgen —
Näheres
Hacke, Ibbenbürenerstr. 16.

Jagdhund
(Hündin-Brauntiger) Montag entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben.
Salzbergenerstr. 52

Garantie-Strumpf

reine Wolle, fein gestrickt
braun und schwarz

Gr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	18.85	21.85	24.85	27.85	31.00	33.85	36.85	39.85	42.85	45.85	48.85

½ Wolle, derb gestrickt, schwarz

Gr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	9.50	11.35	13.00	14.85	16.35	18.00	19.80	21.50	23.25	25.00	26.75

Gebr. Anschel

Der Wöchnerinnen-Verein
hält seine
General-Versammlung
im Gesellenhause am
Donnerstag, 3. März, nachmittags 5 Uhr ab.
Es ladet ein Der Vorstand.

Operettentheater in Rheine
— im Saale des Herrn Elpers. —
Gastspiel des westf. Schauspiel- u. Operettentheaters aus Münster. Direktion: Friedrich Eiwecke.

Sonntag, den 6. März abends 7½ Uhr
„Die tolle Komtess"
Operette in 3 Akten von Bernauer und Schanzer
Reizende Gesangsschlager! Entzückende Melodien!
In den Hauptrollen: Emmy Wiamstich, Willy Krafft früher Stadttheater Münster, Sophie Janek, Albert Böttger, Karl-Friedrich früher Stadttheater Wilhelmshafen, sowie d. bekannte Operettenkomiker Rich. Eiwecke

Preise der Plätze im Vorverkauf in der Zigarrenhdlg. Rips, Sperrsitz (numeriert) 10,50 Mk., 1. Platz 9.— 2. Platz 6.50 Mk., einschließlich Kartensteuer.

Aula des Gymnasiums
Am Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr
Lieder-, Balladen- und Arien-Abend
des Konzertsänger Franz Julius Günther-Münster
Programm: Schubert, Grieg, Beethoven, Löwe, ... Hermann u. a. . . . . .
Am Flügel: Konzertpianist Georg Greiner.
Karten zu 5.— Mk. und Schülerkarten zu 2.— Mk. (excl. Steuer) in der Buchhandl. A. v. Kopczinsky . . . . und an der Abendkasse. . . . .

Gartenbauverein f. Rheine u. Umgd.
Am Mittwoch, den 2. März abends 8 Uhr findet im grossen Saale des Gesellenhauses die
- Frühjahrs-Versammlung -
mit Verlosung von Blumen und Sämereien statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung

Dem geehrten Publikum von Rheine und Umgegend hiermit zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage hier in Rheine ein

Putz-Geschäft

eröffne. Vorläufig betreibe ich das Gewerbe in meinem elterlichen Hause . . .
Auf dem Hügel 20
und hoffe, daß das Vertrauen, welches mir bei meiner langjährigen Tätigkeit in der Firma Th. Althoff, entgegengebracht wurde, auch fernerhin erhalten bleibt. Pünktliche und preiswerte Bedienung wird stets mein Bestreben sein und ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst zu unterstützen. . . . . .

Clärchen Wolters, Rheine

Von heute ab
= Rindfleisch =
12 und 13 Mark, beste Qualität, sowie
Nieren- u. Rinderfett
à Pfund 10 Mark.
Fischer, Hovestr. A 2.
vorm. Lütkemeyer.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Ruhirol Schachtel Mk. 3.—
Allerorten bekannt! Fast jede Apotheke u. Drogerie führt Ruhirol. Lassen Sie sich nichts anderes in die Hand drehen!
Drogerie Willy Protz.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage
auch Flöhe f. Brut(Nissen) bei Menschen und Tiere mit mein. pat. gesch. Mittel „Eckolda". Wunden und Haare unschl. Verkauf Rheine Friseur **Heinrich Brüning,** Ibbenbürenerstraße.